

## **5. Juncker – Symbol für übelste politische Machenschaften**

Ohne zu erröten und ohne Konsequenzen erläuterte Jean-Claude Juncker<sup>37</sup>, bis Ende Oktober 2019 Präsident der Europäischen Kommission, übelste Machenschaften der EU-Nomenklatura<sup>38</sup>: „Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert“, verrät der Premier des kleinen Luxemburg über die Tricks, zu denen er die Staats- und Regierungschefs der EU in der Europapolitik ermuntert. „Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“

Und der baden-württembergische Justizminister Wolf, dem das meist langjährige Prozedere des

---

<sup>37</sup> 12.07.2018 „Jean-Claude Juncker steht sinnbildlich für das destruktive Konstrukt namens Europäische Union, welches den Völkern Europas ihre Souveränität nimmt und durch zentralistische Bestrebungen die Demokratie immer weiter reduziert“. Manuel Hinzen

<sup>38</sup> Spiegel online, 27.12.1999, „Die Brüsseler Republik“

Zustandekommens von Richtlinien<sup>39</sup> bekannt sein muss, segnet diese Praxis achselzuckend ab. Wenn sich also Politiker gegen EU-Richtlinien medien-trächtig dann ereifern, wenn sie Jahre später in nationales Recht umgesetzt und ggf. wegen Übergangsregelungen erst ein paar Jahre später rechtskräftig werden, spielt eine gehörige, nein, un-gehörige Portion Verlogenheit und Volksverdummung mit. Dazu zählen z. B. kurze Laufzeiten von Ausweispapieren sowie der europaweite strafbewehrte Zwangsumtausch von Führerscheinen bei gleichzeitiger Befristung des neuen Dokuments. Begründungen sind oft fadenscheinig oder schlicht mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht vereinbar. Obwohl die Fahrerlaubnis „Besitzstandsrecht“ genießt, behält sich der Staat durch Ablauftermine alle 15 Jahre willkürliche Eingriffsoptionen offen. Allein durch

---

<sup>39</sup> Der jüngste Aktionismus um Luftreinhaltung (Stichwort Dieselfahrverbote, Feinstaub) geht bspw. auf die im Mai 2008 verabschiedete „Richtlinie 2008/50/EG des Europ. Parlaments und des Rates über Luftqualität und saubere Luft für Europa“ zurück, die spätestens ab 2001 unter „Saubere Luft für Europa (CAFÉ)“ unter Mitwirkung aller Regierungen und Abgeordneten aller Parteien beraten und auf den Weg gebracht wurde. Trotz aller Öffentlichkeit des „Amtsblatts der EU“ erreichen die Inhalte mangels Kommunikation – vorsätzlich oder fahrlässig – weder die Öffentlichkeit noch die Betroffenen im Stadium der Beratungen. Das späte Bekanntwerden ist allerdings nicht, wie so oft, der EU, sondern den „eigenen“ Institutionen und den Medien anzulasten.

die Erstumstellung nötigt der Gesetzgeber den Deutschen über eine Milliarde Euro ab, die er aus der eigenen Tasche zu berappen hat – ohne jeglichen Nutzen und nur zugunsten der Bürokratie. Ein Ludwig Erhard würde angesichts solcher Zwangsmaßnahmen einen „dicken Hals“ bekommen.

Mit Blick auf den Europäischen Gerichtshof und dessen Bestärkung einer ungezügelten Wirtschaftsliberalisierung beklagt Prof. Dr. Höpner<sup>40</sup>: „Es ist wie ein Spiel mit gezinkten Karten, ... denn am Ende gewinnt letztlich immer die Liberalisierungspolitik“. Doch solle man sich trotz allen Gegenwindes „keine Denkverbote“ auferlegen lassen.

## **6. Europäische Verfassung – deutsches Volk ohne Stimme**

Hinzu kommt, dass das deutsche Staatsvolk mangels wirksamer Mitwirkungsrechte regelmäßig außen vor bleibt. Im Sommer 2005 wurde der „europäische Verfassungsprozess“ durch hochgradig verlorene Volksabstimmungen in Holland und Frankreich zu Fall gebracht. Weitere Volksbefragungen wurden deshalb abgesagt. Die jahrelange Arbeit des 2002 zur Erarbeitung einer europäischen Verfassung installierten „Europäischen Konvents“ und vielfäl-

---

<sup>40</sup> Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln; Vortrag Freiburger Diskurse: „Europa? Verwirrt!“